

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • In den Steinäckern 3 • 63517 Rodenbach

An den Vorsitzenden des Kreis-
tages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

24. November 2009

25. Kreistagssitzung am 18. Dezember 2009

Keine weitere Privatisierung im Main-Kinzig-Kreis

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE stellt zu TOP 5.16 der Kreistagssitzung am 29.05.2009,
folgenden Antrag:

Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises fordert den Finanzdezernenten auf, sämtliche Vorbereitungen zur Privatisierung oder Teilprivatisierungen von kommunalen Unternehmen sofort einzustellen und jegliche weitere Planung zu unterlassen. Der Kreistag erteilt jeglichen Privatisierungsüberlegungen eine Absage. Gleiches gilt für so genannte PPP Modelle, auch diese werden vom Kreistag abgelehnt.

Begründung:

Die Finanzkrise wird brutal auf den Main-Kinzig-Kreis durchschlagen, denn die Steuereinbrüche der Gemeinden seien immens. Ein finanzpolitischen Tsunami rollt, der auf die Kommunen zu.

In verschiedenen Presseveröffentlichungen zum Haushalt konnte man entnehmen , dass es anscheinend in der großen Koalition Überlegungen gibt, die Finanzeinbrüche mit Verkäufen öffentlichen Eigentums auszugleichen.

Deshalb ist der Kreistag gefordert hier der Verwaltung klare Vorgaben zu machen. Hände weg vom Nahverkehr, von Energie- und Gesundheitsversorgung sowie dem Wasser muss die Antwort sein.

Die Aussichten sind mehr als düster. Im vergangenen Jahr hat der Kreis zwar noch einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Doch damit scheint jetzt Schluss zu sein. Mit dem neuen Etat, der in der Dezembersitzung des Kreistags eingebracht und am 5. Februar 2010 verabschiedet werden soll, offenbart sich, welche Belastungen nicht nur wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage, sondern auch aufgrund der Vorgaben von Bund und Länder auf die Kreise zukommt.

Die Versorgung der Bürger mit Strom, Wasser, Gas und Gesundheit müssen in kommunaler Hand bleiben, um eine bezahlbare Infrastruktur zu garantieren. Die Gesundheitsversorgung wird unter anderem durch die Main-Kinzig-Kliniken in Gelnhausen sichergestellt. Diese dürfen auf keinen Fall nach dem Beispiel von Städten wie Marburg und Gießen veräußert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender